

2. Kommunikationsnotwendigkeit im Kontext der EU-DLR

2.1. Gegenstand der Kommunikationsnotwendigkeit

Im vorliegenden Kapitel soll untersucht werden, ob eine Kommunikationsnotwendigkeit zur Bekanntmachung des EA im Kontext der EU-DLR besteht. Daher ist zunächst zu klären, was der Begriff der Kommunikationsnotwendigkeit beinhaltet. Im Rahmen dieser Arbeit wird darunter eine rechtlich, aus der EU-DLR und dem Unionsrecht abgeleitete Pflicht zur Bekanntmachung des EA verstanden. Dabei soll aufgezeigt werden, inwiefern eine Kommunikationsnotwendigkeit besteht, um der EU-DLR zur vollen Wirkkraft zu verhelfen. Darüber hinaus wird untersucht werden, was diese konkret beinhaltet.

In diesem Zusammenhang meint Bekanntheit die gedankliche Präsenz bzw. ein klares Vorstellungsbild von einem Objekt und seinen Leistungen, hier vom EA und seinem Angebot, bei der relevanten Zielgruppe.⁶⁰ Es wird daher zu prüfen sein, ob die EU-DLR und das Unionsrecht diesbezügliche Vorgaben enthalten, die eine Kommunikationsnotwendigkeit zur Bekanntmachung des EA begründen.

Ein hoher Bekanntheitsgrad wäre erreicht, wenn Dienstleistungserbringer und -empfänger über die europaweite Existenz der EAs sowie über die ihnen aus der EU-DLR erwachsenden Rechte und Pflichten umfassend aufgeklärt sind. Vorausgesetzt werden also sowohl eine Bekanntmachung als auch eine Aufklärung i.S.v. Information.

Daher sind der Wortsinn, der Kontext und der Telos der EU-DLR auf Aspekte einer Informationspflicht und Bekanntmachung hin zu untersuchen sowie die Adressaten der Umsetzung und die Begünstigten der Richtlinie zu ermitteln.

60 Vgl. *Herbst, D.*, Internationale Werbung und Public Relations, Konzept und kreative Gestaltung; Ziele, Strategien und Instrumente, Organisation und Umsetzung, 2008, Berlin, S. 115.

2.2. Kommunikationsnotwendigkeit für eine EU-rechtskonforme Umsetzung der EU-DLR

2.2.1. Richtlinienkonforme Auslegung der EU-DLR

Richtlinien zeichnen sich durch ihre gestufte Verbindlichkeit aus, da sie nicht wie die Verordnung in all ihren Teilen, sondern nur hinsichtlich des zu erreichenden Ziels für die Mitgliedstaaten verbindlich sind. Die Wahl der Form und der Mittel steht den innerstaatlichen Stellen nach Art. 288 S. 3 AEUV frei. Somit stellen Richtlinien das klassische Instrument der Rechtsharmonisierung, jedoch nicht das der Rechtsvereinheitlichung dar. Dementsprechend gewährleisten Richtlinien lediglich die Einhaltung unionsrechtlich geforderter Standards.⁶¹

Umsetzungsverpflichtet ist zunächst der Mitgliedstaat. Ihm obliegt es, bis Fristende die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu vollziehen. Die Umsetzungs-pflicht betrifft jedoch nicht nur den Mitgliedstaat selbst, sondern alle staatlichen Stellen, die Träger öffentlicher Gewalt sind.⁶² Die Regelung der Zuständigkeit für die Umsetzung im innerstaatlichen Kompetenzgefüge verbleibt somit bei den Mitgliedstaaten. Der Umsetzungsverpflichtung entnimmt der EuGH auch die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung allen nationalen Rechts im Rechtsbereich der Richtlinie. Aufgrund der Verpflichtung sämtlicher Träger der öffentlichen Gewalt zur Gewährleistung der vollen Wirksamkeit des Unionsrechts müssen sowohl der Gesetzgeber als auch die nationalen Behörden und Gerichte die Erreichung der Richtlinienziele garantieren und damit ihren Beitrag zur Umsetzungsverpflichtung leisten.⁶³

Trotzdem bleibt die Umsetzungsbedürftigkeit der Richtlinie aufgrund fehlender, verzögerter und unzureichender Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und somit entstehenden Defiziten in der Einheitlichkeit des Unionsrechts problematisch.⁶⁴ Die Pflicht zur richtlinienkonformen Umsetzung gilt vom Ablauf der Umsetzungsfrist an und auch dann noch, wenn die Richtlinie ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt wurde.⁶⁵ Bis zum Ablauf der Umsetzungsfrist gilt hingegen das Frustrationsverbot. Die-

61 Vgl. *Streinz, R./Leible, S.*, Einleitung, in: *Schlachter, M./Ohler, C.*, Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 95.

62 Vgl. *Brechmann, W.*, Die richtlinienkonforme Auslegung, Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik der EG-Richtlinie, (Münchener Universitätsschriften, Bd. 99), 1994, München, S. 13.

63 Vgl. *Streinz, R.*, Europarecht, 9. Aufl., 2012, Heidelberg, Rn. 499.

64 Vgl. *Streinz, R.*, (vorh. Fn.), Rn. 476.

65 Vgl. *Streinz, R.*, (Fn. 63), Rn. 457.

ses verbietet den Mitgliedstaaten während der Umsetzungsphase Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, das in der Richtlinie vorgeschriebene Ziel ernstlich in Frage zu stellen.⁶⁶

Bei der Auslegung des Unionsrechts greift der EuGH auf die allgemein anerkannten Auslegungsmethoden, wie die grammatikalische, systematische, teleologische und historische Auslegung, zurück und entwickelt diese zu einem unionsspezifischen Interpretationskanon.⁶⁷ Nach ständiger Rechtsprechung sind bei der Auslegung einer Norm des Unionsrechts sowohl ihr Wortlaut als auch ihr Kontext und ihre Ziele zu berücksichtigen.⁶⁸ Dabei soll die Auslegung der Bestimmungen einer Richtlinie „dem Gedanken der Einheit der [Unions]rechtsordnung Rechnung [...] tragen, der verlangt, da[ss] das abgeleitete [Unions]recht gemäß den allgemeinen Grundsätzen des [Unions]rechts ausgelegt wird“⁶⁹. Daher ist von mehreren Auslegungen einer Vorschrift diejenige zu wählen, die geeignet ist, die größte Wirkkraft zu gewährleisten.⁷⁰

Ihre Grenze findet die richtlinienkonforme Auslegung indes dort, wo das Richtlinienziel mit den zulässigen Methoden der Normkonkretisierung, einschließlich der Rechtsfortbildung, nicht erreicht werden kann.⁷¹

Im Folgenden sollen die Bestimmungen der EU-DLR hinsichtlich des Telos, des Anwendungsbereichs, des EA und der Informationspflichten richtlinienkonform ausgelegt werden.

66 Vgl. *Fastenrath, U./ Groh, T.*, Europarecht, 3. Aufl., 2012, Stuttgart, Rn. 506.

67 Vgl. *Haratsch, A./ Koenig, C./ Pechstein, M.*, Europarecht, Nach dem Vertrag von Lissabon, 7. Aufl., 2010, Tübingen, Rn. 474.

68 EuGH, Urteil v. 26.06.2008, Rs T-94/98, (Alferink u.a.), Slg. 2008, II-01125, Rn. 68. Vgl. ebenso: EuGH, Urteil v. 30.07.1996, Rs C-84/95 (Bosphorus), Slg. 1996, I-3953, Rn. 11 und EuGH, Urteil v. 16.10.1997, Rs C-177/96, (Banque Indosuez u.a.), Slg. 1997, I-05659, Rn. 18.

69 EuGH, Urteil v. 09.03.2006, Rs C-499/04 (Werhof), Slg. 2006, I-2397, Rn. 32, vgl. ebenfalls EuGH, Urteil v. 01.04.2004, Rs C-1/02, (Borgmann), Slg. 2004, I-3219, Rn. 30.

70 EuGH, Urteil v. 14.10.1999, Rs C-223/98, (Adidas), Slg. 1999, I-7081, Rn. 24. In diesem Sinne siehe auch: EuGH, Urteil v. 22.09.1988, Rs 187/87, (Saarland u.a.), Slg. 1988, 5013, Rn. 19.

71 Vgl. *Fastenrath, U./ Groh, T.*, (Fn. 66), Rn. 505.

2.2.1.1. Telos der EU-DLR

Die EU-DLR hat zum Ziel, die Wahrnehmung der Niederlassungsfreiheit durch die Dienstleistungserbringer sowie den freien Dienstleistungsverkehr zu erleichtern.⁷² Die Dienstleister sollen dabei zwischen den Freiheiten entsprechend ihrer Geschäftsstrategie frei wählen können.⁷³

Die Dienstleistungsfreiheit stellt einen integralen Bestandteil des Binnenmarktkonzepts dar, weswegen das mit der Gewährleistung des freien Dienstleistungsverkehrs verknüpfte Ziel die Verwirklichung des Binnenmarkts ist.⁷⁴ Durch die Richtlinie sollen Fortschritte in Hinblick auf einen echten Binnenmarkt für Dienstleistungen erreicht werden, so dass die Dienstleister und Verbraucher den vollen Nutzen aus ihren Möglichkeiten ziehen können und die Dienstleistungsmobilität gemessen an ihrem Potenzial gesteigert wird. Mit der Unterstützung der Vervollendung des Binnenmarkts trägt die EU-DLR dazu bei, dieses Potenzial hinsichtlich Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor effektiver auszuschöpfen.⁷⁵

Folglich schafft die EU-DLR einen allgemeinen Rahmen für die Ausübung der in Art. 49 AEUV (ex-Art. 43 EGV) und Art. 56 AEUV (ex-Art. 49 EGV) verbürgten Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit.⁷⁶ Der Anwendungsbereich der EU-DLR ist dementsprechend weit und umfasst eine große Bandbreite von Dienstleistungen. Primär dient die EU-DLR der Erhöhung der Dienstleistungsmobilität durch den Abbau von Hemmnissen für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere der Beseitigung schwerfälliger Genehmigungsregelungen, -verfahren und -formalitäten⁷⁷ sowie fehlender Rechtssicherheit der Verwaltungsverfahren⁷⁸. Zudem soll durch die Richtlinie der Zugang zu einschlägigen Informationen vereinfacht und somit verbessert werden.⁷⁹

Diese Zielvorgaben sind für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie verbindlich und verpflichten diese, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die

⁷² Art. 1 Abs. 1 EU-DLR.

⁷³ ErwG 5, S. 3 EU-DLR.

⁷⁴ Vgl. Böhret, C./ Grunow, D./ Ziekow, J. (Hrsg.), Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen, (Speyerer Forschungsberichte, 241), 2005, Speyer, S. 39.

⁷⁵ Vgl. *Europäische Union*, (Fn. 11), S. 7.

⁷⁶ ErwG 7 der EU-DLR.

⁷⁷ Vgl. ErwG 3 sowie 42 ff. EU-DLR.

⁷⁸ Vgl. ErwG 5 und 43 EU-DLR.

⁷⁹ Vgl. ErwG 50 ff. EU-DLR.

Ziele zu erreichen. Auch müssen alle Vorgaben unter Maßgabe der Zielerreichung umgesetzt werden. Dies betrifft die Einrichtung der EA nach Art. 6 EU-DLR ebenso wie die Informationsbereitstellung gemäß Art. 7 EU-DLR.

2.2.1.2. Begünstigte der EU-DLR

Die Adressaten der EU-DLR lassen sich aus dem persönlichen Anwendungsbereich unter Berücksichtigung der im sachlichen Anwendungsbereich vorgenommenen Einschränkungen ermitteln.

Der Anwendungsbereich wird in Art. 2 Abs. 1 EU-DLR bestimmt. Demnach erstreckt sich die Richtlinie auf alle in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer. Eine Legaldefinition dessen findet sich in Art. 4 Nr. 2 EU-DLR. Der Artikel knüpft dabei an den persönlichen Anwendungsbereich der Grundfreiheiten der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit an. Folglich sind Unionsbürger i.S.d. Art. 20 AEUV und in einem Mitgliedstaat niedergelassene juristische Personen i.S.v. Art. 54 AEUV berechtigt.⁸⁰ Erwägungsgrund 38 klärt, dass der Begriff der juristischen Person i.S.d. Art. 54 AEUV sämtliche Einrichtungen umfasst, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründet wurden oder diesem Recht unterstehen, unabhängig ihrer Rechtsform.⁸¹

Der in Art. 2 Abs. 1 EU-DLR genannten Voraussetzung der Niederlassung in einem Mitgliedstaat kommt für juristische Personen keine eigene Bedeutung zu, da Art. 4 Nr. 2 EU-DLR diese bereits impliziert. Dieses Tatbestandsmerkmal in Art. 2 Abs. 1 EU-DLR ist hingegen für natürliche Personen relevant, da der Begriff des Dienstleistungserbringers für sie keine Niederlassung in einem Mitgliedstaat, sondern lediglich die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats voraussetzt. Die Richtlinie dürfte indes nicht auf natürliche Personen anwendbar sein, die ihre Dienstleistungen von einem Drittstaat aus anbieten, gleichwohl sie die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, da die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs nach Art. 54 Abs. 1 AEUV die Ansässigkeit in einem Mitgliedstaat erfordert.⁸²

80 Vgl. *Streinz, R./ Leible, S.*, Artikel 4, in: Schlachter, M./ Ohler, C., Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 4.

81 Vgl. *Streinz, R./ Leible, S.*, (vorh. Fn.), Rn. 5 ff.

82 Vgl. *Krames, W.*, Artikel 2, in: Schlachter, M./ Ohler, C., Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 8.

Die Richtlinie gilt für sämtliche Dienstleistungen, mit Ausnahme der in Art. 2 Abs. 2 und Abs. 3 ausdrücklich ausgenommenen. Der Dienstleistungsbegriff steht im Einklang mit dem AEUV und wird entsprechend der diesbezüglichen EuGH-Rechtsprechung weit ausgelegt. Nach Art. 57 S. 1 AEUV umfasst der Begriff selbständige wirtschaftliche Tätigkeiten, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden.

Der sachliche Anwendungsbereich der EU-DLR wird hingegen durch folgende, in Art. 2 Abs. 2 EU-DLR ausgenommene Dienstleistungen eingeschränkt: nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (lit. a), Finanzdienstleistungen (lit. b), Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation (lit. c), Verkehrsdienstleistungen (lit. d), Dienstleistungen von Leiharbeitsagenturen (lit. e), Gesundheitsdienstleistungen (lit. f), audiovisuelle Dienste und Rundfunkdienstleistungen (lit. g), Glücksspielaktivitäten (lit. h), mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbundene Tätigkeiten (lit. i), soziale Dienstleistungen im Betreuungs- und Sozialwesen (lit. j), private Sicherheitsdienste (lit. k) sowie Gerichtsvollzugs- und Notartätigkeiten (lit. l).

Diese Ausnahmen sind jedoch fakultativ und lassen den Mitgliedstaaten somit die Möglichkeit, im Rahmen der Umsetzungsgesetzgebung einige der allgemeinen, in der EU-DLR vorgeschriebenen Prinzipien auch auf die ausgenommenen Dienstleistungen anzuwenden. Gleiches gilt für den in Art. 2 Abs. 3 ausgenommenen Bereich der Steuern.⁸³

2.2.1.3. Einrichtung des EA

Gemäß Art. 6 Abs. 1 EU-DLR stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Dienstleistungserbringer alle Verfahren und Formalitäten, die für die Aufnahme und Ausübung ihrer Dienstleistungstätigkeiten erforderlich sind, über eine einzige Stelle, den EA, abwickeln können.⁸⁴ Demnach erstreckt sich der Aufgabenbereich auf die Verfahren, die bei zuständigen Behörden⁸⁵ nach Art. 4 Nr. 9 EU-DLR durchgeführt werden. Dies schließt alle Verwaltungsbehörden im funktionellen Sinne ein. Neben Stellen der un-

⁸³ Vgl. *Europäische Kommission*, (Fn. 11), S. 14 und *Krames, W.*, (vorh. Fn.), Rn. 9.

⁸⁴ Art. 8 Abs. 1 EU-DLR ergänzt die Bestimmungen des Art. 6 Abs. 1 EU-DLR um die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass die Verfahrensabwicklung aus der Ferne und elektronisch über den EA oder die zuständigen Behörden möglich ist.

⁸⁵ Der Begriff der zuständigen Behörde wird nach Art. 4 Nr. 9 EU-DLR weitgefasst als jede Stelle oder Behörde, die in einem Mitgliedstaat eine Kontroll- oder Regulierungsfunktion für Dienstleistungstätigkeiten innehat.

mittelbaren zählen hierzu auch die der mittelbaren Staatsverwaltung, wie Kammern oder Gerichte, sofern diese selbst als Behörden tätig werden.⁸⁶

Beabsichtigter Zweck der Einrichtung des EA ist der Abbau bürokratischer Hemmnisse für die Dienstleistungserbringer sowie die Verfahrensvereinfachung. In zeitlicher Hinsicht erfassen die Leistungen des EA den gesamten Zeitraum im Vorfeld, während und ggf. nach Beendigung der Dienstleistungstätigkeit.⁸⁷

Die Inanspruchnahme des EA und der Nutzungsumfang sind dem Dienstleistungserbringer freigestellt. Er kann seine Verfahren auch über die zuständigen Behörden abwickeln.⁸⁸ Wählt er jedoch die Verfahrensabwicklung über den EA, so kann er die gesamte Korrespondenz über ihn erledigen.

Die Verfahrensabwicklung erfolgt gemäß Art. 6 EU-DLR im Rahmen einer sog. Front Office- und Back Office-Struktur. Der EA stellt als Front Office die einzig unmittelbare Kontaktstelle für die Dienstleister dar, wohingegen die zuständigen Stellen, die Back Offices, die Sachbearbeitung im Hintergrund übernehmen, ohne gegenüber dem Dienstleister in Erscheinung zu treten. Gemäß Art. 8 Abs. 1 EU-DLR muss sichergestellt werden, dass die Verfahren problemlos aus der Ferne und elektronisch über den EA oder die zuständige Stelle abgewickelt werden können. Teleologisch betrachtet, fordert dies eine vollständige elektronische Abwicklung des gesamten Verwaltungsverfahrens.⁸⁹

Die Grenze des Aufgabenbereichs des EA verläuft dort, wo die Einbeziehung des EA aus Gründen der Geeignetheit nicht angebracht ist, bspw. bei Realakten wie Vor-Ort-Kontrollen oder Zulässigkeitsprüfungen.⁹⁰

Eine weitere Funktion des EA ist die des Mittlers bzw. als Verbindungsstelle zwischen den zuständigen Behörden und den Dienstleistern. So sorgt der EA für die ordnungsgemäße und zeitlich angemessene Verfahrenserledigung. Allerdings besitzt der EA dabei keine Eingriffsbefugnisse gegenüber den Fachbehörden. Der Umfang der Aufgabenübertragung an den EA sowie eine Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche zwischen dem EA und den zuständigen Behörden lassen sich aus

86 Vgl. *Streinz, R./Leible, S.*, (Fn. 80), Rn. 32.

87 Vgl. *Ziekow, J./Windoffer, A.*, Artikel 6, in: Schlachter, M./Ohler, C., Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 9.

88 Art. 7 Abs. 1 lit. b EU-DLR.

89 Vgl. *Ziekow, J./Windoffer, A.*, Artikel 8, in: Schlachter, M./Ohler, C., Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 4.

90 Vgl. *Ziekow, J./Windoffer, A.*, (Fn. 87), Rn. 14.

Art. 6 Abs. 2 EU-DLR ableiten. Absatz 2 klärt, dass mit der Einrichtung des EA die bestehende Verteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten zwischen den Behörden innerhalb der nationalen Ebene nicht berührt wird.⁹¹

Die Vorgabe der Richtlinie hinsichtlich der Verortung des EA als „einheitliche“ Anlaufstelle ist subjektiv aus der Sicht der Dienstleistungserbringer zu verstehen. Für die Dienstleister muss aus der jeweils nationalen Zuständigkeitsregelung präzise erkennbar sein, wer der für ihn zuständige EA ist.⁹² Somit stellt die persönliche, zeitliche, sachliche und örtliche Homogenität des EA ein Kernelement der Vereinfachung der Verwaltungsverfahren aus der Sicht der Dienstleister dar.⁹³

Darüber hinaus muss eine kontinuierliche Betreuung durch diese eine Stelle sichergestellt werden. Folglich sind die Verortungsmöglichkeiten und die Anzahl der Stellen, welche die Aufgaben des EA innerhalb eines Mitgliedstaats erfüllen, weder begrenzt noch besteht ein Homogenitätsgebot hinsichtlich der Verortung.⁹⁴ Eine Aufspaltung der Zuständigkeitsbereiche und eine Verteilung auf mehrere Ansprechpartner ist jedoch unzulässig, da aufgrund der Abgrenzungsprobleme Rechtsunsicherheit bei den Dienstleistern entstehen könnte.⁹⁵

2.2.1.4. Informationspflichten im Kontext der EU-DLR

Artikel 7 EU-DLR benennt Informationspflichten bezüglich Bedingungen der Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten im jeweiligen Hoheitsgebiet des informierenden Mitgliedstaats.⁹⁶ Die Norm richtet sich sowohl an den EA als auch an die zuständigen Fachbehörden und verpflichtet diese zur umfassenden Information der Dienstleistungserbringer⁹⁷ über alle sie betreffenden Verfahren und Formalitäten.

91 Vgl. Luch, A., Die Schaffung des einheitlichen Ansprechpartners unter Berücksichtigung der Verteilung der Verbandskompetenzen in der Bundesrepublik, Überlegungen zur Einpassung in den föderalen Staat, in: Schliesky, U. (Hrsg.), Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung, Teil I: Grundlagen, (Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, Bd. 1), 2008, Kiel, S. 157.

92 Vgl. Windoffer, A., (Fn. 43), S. 35.

93 Vgl. Grunow, D./ Dickert-Laub, M./ Minnetian, C., (Fn. 57), S. 58.

94 ErwG. 48 EU-DLR.

95 Vgl. Ziekow, J./ Windoffer, A., (Fn. 87), Rn. 18 f.

96 Vgl. Böhret, C./ Grunow, D./ Ziekow, J. (Hrsg.), (Fn. 74), S. 37.

97 Der Art. 7 EU-DLR differenziert nicht zwischen Dienstleistungserbringern und -empfängern. Für den Dienstleistungsempfänger hat die Informationspflicht vor allem eine verbraucherschützende Funktion. Vgl. Schulz, S. E., Reichweite der Informationsverpflichtungen staatlicher Stellen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie, in: Schliesky, U., Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der Deutschen Verwaltung. Teil III: Information, Wissen und Verantwortung, (Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung, Bd. 6), 2010, Kiel, S. 32 f.

Dies beinhaltet auch verbandsübergreifende Informationen.⁹⁸ Die Verpflichtung, auf diese Weise den Informationszugang für die Dienstleistungserbringer zu erleichtern, stellt einen wichtigen Beitrag zur Vereinfachung der grenzüberschreitenden Dienstleistungsmobilität dar.⁹⁹

Durch den EA müssen den Dienstleistungserbringern und -empfängern gemäß Art. 7 Abs. 1 EU-DLR folgende Informationen zur Verfügung gestellt werden:

- Informationen zur Rechtslage, insbesondere bezüglich der Verfahren und Formalitäten zur Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten,
- Angaben über die zuständigen Behörden zur Erleichterung der Kontaktaufnahme,
- Informationen über Mittel und Bedingungen für den Zugang zu öffentlichen Registern und Datenbanken, die die Dienstleistungserbringer und die Dienstleistungen betreffen,
- Informationen über allgemein verfügbare Rechtsbehelfe sowie
- Angaben zu Verbänden und Organisationen, die Dienstleistungserbringer und -empfänger beraten und unterstützen.¹⁰⁰

Die allgemeinen Informationen nach Art. 7 Abs. 1 EU-DLR sind vom EA in eigener Zuständigkeit zu erteilen, was über eine bloße Portalfunktion hinausgeht, da er in eigener sachlicher Zuständigkeit an ihn direkt gestellte Anfragen aktiv zu beantworten hat.¹⁰¹ Im Hinblick auf Art. 7 Abs. 2 EU-DLR kommt dem EA hingegen nur die Rolle des Mittlers und Verfahrenspartners zu, denn außerhalb des Informationspflichtenkatalogs des Abs. 1 liegende Fragen darf der EA nicht selbst bearbeiten. Diese leitet er lediglich an die Fachbehörden weiter und wirkt auf eine ordnungsgemäße Erledigung hin.¹⁰² Absatz 2 besagt, dass die Back Office-Strukturen und somit die Fachbehörden bei allgemeinen Anfragen, in Hinblick auf die gewöhnliche Auslegung und Anwendung der für die Dienstleister geltenden Anforderungen, die Beratung übernehmen. Dies impliziert auch die rechtliche Würdigung des konkreten Sachverhalts nach Maß-

98 Vgl. *Schulz, S. E.*, (vorh. Fn.), S. 44.

99 Vgl. *Schulz, S. E.*, (Fn. 96), S. 32.

100 Vgl. Art. 7 Abs. 1 lit. a) bis e) EU-DLR.

101 Vgl. *Ziekow, J./ Windoffer, A.*, Artikel 7, in: Schlachter, M./ Ohler, C., Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handkommentar, (Nomoskommentar), 2008, Jena, Rn. 7.

102 Vgl. *Ziekow, J./ Windoffer, A.*, (Fn. 101), Rn. 10.

gabe der Verwaltungsvorschriften, der behördlichen Praxis und der Rechtsprechung. Bei komplexen Verfahren schließt die Beratung zudem einen Leitfaden mit ein, der die Begünstigten inkrementell anleiten soll.¹⁰³ Ausgenommen bleibt hingegen die Rechtsberatung im Einzelfall, die nach Art. 7 Abs. 6 EU-DLR weder vom EA noch von den zuständigen Behörden zu erbringen ist.¹⁰⁴ Die Informationen nach Art. 7 Abs. 2 EU-DLR sollen in verständlicher und einfacher Sprache bereitgestellt werden.¹⁰⁵

Weitere Ausführungen zur Art und Weise der Informationserteilung wird in Art. 7 Abs. 3 EU-DLR geregelt. Diese Vorschrift enthält sowohl das Gebot der Klarheit und Einheitlichkeit als auch das Gebot der Aktualität. Zudem muss der Zugang aus der Ferne, d.h. vom Ausland aus und elektronisch, gewährt werden. Dafür eignet sich ein Multikanalzugang, der sowohl standardisierte Informationen auf einem Portal zur Verfügung stellt als auch individuelle und direkte Anfragen auf persönlichem, telefonischem oder elektronischem Wege ermöglicht.¹⁰⁶ Außerdem sind die Informationen unverzüglich zu erteilen und die Dienstleister in Kenntnis darüber zu setzen, wenn das Ersuchen fehlerhaft oder unbegründet ist.¹⁰⁷

Die Vorschrift in Art. 7 Abs. 5 EU-DLR ergänzt die Informationsverpflichtung um den Aspekt der Mehrsprachigkeit der Informationsbereitstellung durch den EA. Im Mittelpunkt steht die Förderung der Bereitschaft des EA Informationen gemäß Abs. 1 auch in anderen Unionssprachen als der Amtssprache bereitzustellen.¹⁰⁸

2.2.1.5. Kommunikationsnotwendigkeit gemäß der EU-DLR

In der EU-DLR findet sich keine explizite Vorschrift, die eine Kommunikationsnotwendigkeit zur Bekanntmachung des EA grammatikalisch, d.h. dem Wortsinn nach, begründet. Stellt man indes auf das Ziel und den Zweck der EU-DLR ab, ergibt sich eine Notwendigkeit aus der primären Zielsetzung der Richtlinie, die bestehenden Behinderungen der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung durch Bürokratieabbau, eine effizientere Verfahrensgestaltung sowie eine aus Sicht der Dienstleistungserbringer einheitlichere und systematische Behördenstruktur zu beseitigen. Die-

¹⁰³ Art. 7 Abs. 2 S. 2 EU-DLR.

¹⁰⁴ Vgl. Ziekow, J./ Windoffer, A., (Fn. 101), Rn. 2 und 9.

¹⁰⁵ Art. 7 Abs. 2 S. 3 EU-DLR.

¹⁰⁶ Vgl. Ziekow, J./ Windoffer, A., (Fn. 101), Rn. 14 f.

¹⁰⁷ Art. 7 Abs. 4 EU-DLR.

¹⁰⁸ Vgl. Europäische Kommission, (Fn. 11), S. 25 und Ziekow, J./ Windoffer, A., (Fn. 101), Rn. 19.

Bekanntmachung des Einheitlichen Ansprechpartners

Ein Beitrag zur Umsetzung der

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Rudolph, A.

2014, XVI, 139 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-05123-5